

NPD-Demo am 29.10	
- Ein Rückblick	--> Seite 3
Studiengebühren	
- Was macht der AstA?	--> Seite 4
Die Soziallügen der NPD	
- Ein Infoabend	--> Seite 5

Schlechte Aussichten für die Sozialwissenschaften

Das Ende für Pädagogik, Sportwissenschaft und Politikwissenschaft!

Da haben wir nicht schlecht gestaunt, als sich am Mittwoch die Information breit machte, unser Unipräsident habe vor die Pädagogik, Politikwissenschaft und Sportwissenschaft zu schließen. Zwar gingen Gerüchte um Schließungen an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät schon vor einem halben Jahr um, aber noch da wurden diese von v. Figura vehement demontiert. Das sieht jetzt anders aus.

Sportwissenschaft und Politik im nächsten Wintersemester nicht wie geplant die neuen Ba/Ma - Studiengänge eingeführt werden. Da die Magisterstudiengänge bereits abgeschafft wurden, werden die Fächer in Göttingen also nur noch für das Lehramtsstudium angeboten. Gerade in Politik bleibt aber zu bezweifeln, wie selbst die Lehramtsstudierenden noch eine ausreichende

ausbildung legen, die Sportwissenschaft ist auch nur noch im Lehramtsstudiengang zu belegen.

Die bestehenden Studiengänge sollen noch für 13 Semester weiterlaufen, so dass noch alle bis SS 2006 immatrikulierten Studierenden ihren Abschluss machen können.

■ Situation wie bei MuK?

Inwieweit man dieser Information glauben schenken kann, ist fraglich. Wenn in den nächsten Jahren in der Politik Professuren wegfallen (was definitiv der Fall sein wird), wird es sicher keine Neueinstellungen mehr geben. Und weniger Lehrende heißt weniger Lehrveranstaltungen. Wenn man sich ins Gedächtnis ruft, wie das bei der Abwicklung von Medien- und Kommunikationswissenschaften gelaufen ist, kann man sich vorstellen, wie es in einigen Semestern auch in anderen Fächern der Sozialwissenschaftlichen Fakultät aussehen wird.



Du bist Elite. 🙄

■ So wird's werden

Am Donnerstag teilte er Interessierten auf einer öffentlichen Fakultätsratssitzung mit, dass in den Fächern Pädagogik,

Bildung vermittelt bekommen werden, da es nur noch 2 Professuren geben soll: eine für Didaktik und eine für "allgemeine Politik".

Die Pädagogik wird ihren Schwerpunkt auf die Lehrer-

Fortsetzung aus Seite 2

Seite 2 ■ Am Abgrund der Dummheit

In MuK sind nur 2 Professoren verblieben, so dass viel zu wenig Seminare angeboten werden können. Die Auswahl ist gering und zudem beschränken die Professoren auch noch die Teilnehmerzahlen in den Seminaren. Viele Studierende haben Schwierigkeiten überhaupt einen Prüfer für ihre Zwischen- oder Abschlussprüfungen zu finden.



Es ist kaum wahrscheinlich, dass man sich bei den Schließungen anderer Fachbereiche mehr Mühe geben wird, diese ordnungsgemäß abzuwickeln.

■ Woher die Idee?

Grund für die Schließungen der Fachbereiche seien, laut von Figura, schlechte Evaluationsergebnisse der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Uni Göttingen bei einer Forschungsevaluation der wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen.

Seit Mai laufen die sogenannten "Clustergespräche" zwischen den niedersächsischen Unipräsidenten und der Landesregierung. Das Ziel dieser Gespräche sei Fachbereiche an den Standorten auszubauen, wo sie besonders stark sind und dafür schwächere an anderen Universitäten zu schließen.

Zufällig wurde die Politik wohl in Hannover besser evaluiert, weswegen der Fachbereich dort ausgebaut werden soll. Dafür soll die Soziologie in Göttingen gestärkt werden. Sichere Zusagen darüber gibt es allerdings nicht. Wie wenig sinnvoll es ohnehin ist Soziologie und Politik an unterschiedlichen Standorten anzubieten, kann sich wahrscheinlich jeder selbst denken.

■ Schlechte Evaluation?

Ohnehin ist die gesamte Evaluation stark zu hinterfragen. Von Figura konnte nicht wirklich erläutern, aus welchen Gründen die Fächer geschlossen werden sollten. Er nannte lediglich die mangelnde Schwerpunktbildung an der Politikwissenschaft.

Dieses Argument kann aber mit einem reinen Hinweis auf die bundesweit bekannten Göttinger Parteienforscher widerlegt werden. Zudem ist es bezeichnend, dass sich von Figura auf eine Evaluation stützt, die nur die Forschung am Fachbereich berücksichtigt hat und nicht die Lehre.

■ Fakultät wird übergangen

Besonders erschreckend an der Entscheidung des Uni-Präsidenten ist aber, dass die Fakultäten und Studierenden einfach übergangen wurden. Zukunftsweisende Entscheidungen für unsere Universität werden vom Uni-Präsidenten mit der Landesregierung ausgeklüngelt, demokratische Teilhabe der Studierenden und

MitarbeiterInnen ist in keiner Weise möglich.

Es scheint, die Studierenden wären unserem Präsidenten eher lästig.

■ Göttingen als naturwissenschaftliche Forschungsuni?

So interessiert er sich eher für die Forschung als für die Lehre. Sein großes Ziel: eine naturwissenschaftliche Eliteuniversität! Diese soll möglichst projektbezogen arbeiten. Das heißt: Die Universität als Dienstleister für Forschungsaufträge aus der Wirtschaft.

Von Wissenschaftsfreiheit kann da ja wohl keine Rede mehr sein!

Von Figuras Ziele dürften mittlerweile klar sein: Keine demokratische Teilhabe für Studierende und MitarbeiterInnen der Universität, Einschnitte in die Wissenschafts- und Forschungsfreiheit und eine engere Zusammenarbeit mit der Wirtschaft.

Vielleicht schafft er bald durchzusetzen, was ihm scheinbar am ehesten zusagen würde: eine Universität ohne Studierende.

(Bildquelle Seite 1: www.flickr.de)

Gewaltorgie oder gelungener Widerstand?

Eine Nachbereitung der NPD-Demonstration vom 29. Oktober

"Die rote Frontstadt Göttingen sollte gestürmt werden", so hatten es die Jungen Nationalen, die Jugendorganisation der der rechtsradikalen NPD im Vorfeld der Demonstration vom 29. Oktober in ihren Aufrufen propagiert.

Wie mittlerweile alle wissen, ist daraus nichts geworden. Die NPD musste auf Grund der starken Gegenwehr der Gegendemonstranten schon nach kurzem Marsch ihre braunen Koffer packen und die Stadt verlassen. Selbst 4000 Polizeibeamte aus dem gesamten Bundesgebiet konnten gegen den entschlossenen Widerstand kein Mittel finden, um den Aufmarsch durchzusetzen. Dies war sowohl der sehr großen Gegendemonstration des DGB-Bündnisses als auch der Entschlossenheit der im Ostviertel agierenden Gegendemonstranten zu verdanken. Anstatt dies zu honorieren, hagelte es aber sowohl von Seiten des Göttinger Tageblattes und der CDU harsche Kritik an den Geschehnissen vom Samstag.

■ Fragwürdige Berichte

Das GT sprach von einer "Gewaltorgie" und kritisierte die Polizei für ihre Zurückhaltung. Den unrühmlichen Gipfel der Berichterstattung bildete ein Kommentar, der nicht nur die Polizei bezichtigte "auf dem linken Auge blind" gewesen zu sein, sondern auch nahe legte, man solle die Neonazis lieber ignorieren und sich besser auf

die linke Szene konzentrieren. CDU-MdL Harald Noack forderte das vom DGB inszenierte Bündnis auf, sich von den "Gewalttaten" und insbesondere der "Antifa" zu distanzieren. Sicherlich kann man unnötige Gewalt und sinnlose Sachbeschädigung nicht gut heißen. Typisch ist dabei aber einmal mehr, dass die Kritik aus den Kreisen kommt, die sich, obwohl

es unter allen Teilnehmern eine große Kompromissbereitschaft gab, nicht an dem Bündnis und damit an der Mobilisierung gegen die NPD beteiligten wollten. Weder die Pres-

semiteilungen der CDU, noch das GT enthielten auch nur eine positive Bemerkung über die Aktionen der Nazigegner. Dies offenbart wieder einmal die mangelnde Sensibilität und das nichtvorhandene Verständnis weiter bürgerlicher Kreise für das Thema Rechtsextremismus.

Selbst wenn NPD und Co. auf ihren Demonstrationen keine Gewalt anwenden, es handelt es sich hier um Menschen, die versuchen, den Holocaust mit der Ermordung von über 6 Millionen Menschen zu relativieren, und das nur, weil es ihnen verboten wurde, diese Tatsache gänzlich zu leugnen. Seit Anfang der Neunziger Jahre sind nach seriösen Statistiken

etwa 130 Menschen Opfer von Tötungsdelikten mit rechtsradikalem Hintergrund geworden. Auch nach der Demonstration in Göttingen kam es in Northeim zu Übergriffen von sog. "Autonomen Nationalisten" auf Jugendliche und "Linke", bei denen eine Frau so stark verletzt wurde, dass sie ins Krankenhaus eingeliefert werden musste.

■ Wie es euch gefällt

Dieses Vorkommnis war dem GT aber keine Mitteilung wert. Wer die Gewalttaten der Rechtsradikalen relativiert und mit denen der Autonomen gleichsetzt, verkennt das menschenverachtende Gewaltpotential der Nazis und leistet ihnen und ihren Zielen damit Vorschub. Diesen Vorwurf müssen sich sowohl GT als auch die CDU machen lassen.

Auch wenn die NPD sich zur Zeit noch auf das Demonstrationsrecht und die freie Meinungsäußerung berufen kann, Faschismus ist und bleibt keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Das sich in Göttingen so viele Menschen den Nazis in den Weg gestellt haben anstatt sie zu akzeptieren, ist daher aller Bewunderung wert. Und brennende Barrikaden sind immer noch besser als brennende Asylbewerberheime und brennende Menschen. Insbesondere das GT sollte seine Berichterstattung einmal gründlich überdenken.



Laut Stratmann Studiengebühren ab WS 06/07

- Was macht der AStA?

"Den Schwerpunkt seiner inhaltlichen Arbeit setzt Andreas [Sorge, AStA-Vorsitzender] beim Engagement gegen die Einführung allgemeiner Studiengebühren.

Hierbei gilt es, [...] studentische Proteste zu organisieren und zu koordinieren."

<http://asta.uni-goettingen.de>

Studiengebühren sind eine Bedrohung für das freie Gut Bildung. Es ist ein Thema, das die Studierenden zu Recht in höchstem Maße verunsichert. Da der Entscheidungsprozess in seine finale Phase tritt, ist dem Kampf gegen Studiengebühren höchste Priorität einzuräumen. Das sind wir den nachfolgenden Studierendengenerationen, uns selbst, aber auch der gesamten Gesellschaft schuldig. Ökonomisierung der Bildung bedeutet den gesellschaftlichen Horizont einzuengen und unsere Zukunft zu gefährden. Dies hatte anscheinend auch der AStA erkannt, wie schön am obigen Zitat zu erkennen ist.

■ Was ist passiert?

Doch was ist seit der letzten Wahl passiert? Wenig bis nichts. Klar, mal eine Veranstaltung oder eine Demo-Beteiligung. Ach ja, wir dürfen auch nicht das schöne, rote Stück Stoff an der SUB vergessen. Wir wollen nicht den Eindruck erwecken, dass wir solche Aktionen nicht wertschätzen, aber sie reichen schlicht nicht aus. Von Protest ist in Göttingen wenig zu spüren, obwohl sich die oppositionellen hochschulpolitischen Gruppen und das Bündnis

"Studierende für eine aktive Uni" sehr bemühen. Der AStA hat diesen Umstand auch erkannt und reagierte mit beleidigten Kommentaren in ihrem Hochglanzblatt "AStA Revista". Da wurde etwas massiv falsch verstanden: Wir wollen die Studierenden mobilisieren, nicht beleidigen. Die Situation wird leider immer brenzlicher. Wissenschaftsminister (blanker Hohn: Wir schlagen "Wissenschaftsvernichter" vor.) Lutz Stratmann (CDU) kündigte im Oktober die Studiengebühren in Höhe von 500 € ab dem WS 2006/2007 an.

Langzeitstudiengebühren werden nicht abgeschafft und müssen zusätzlichen in Höhe von 500 € bezahlt werden. Die Hochschulen werden davon nichts haben, da das Geld zum Teil in der Bürokratie versickern wird und zum anderen Teil präventiv weggespart wurde. Hinzu kommt, dass die Summe von 500 € nur ein Einstiegspreis ist. Nach der Übergangszeit von drei Jahren wird dieser Betrag kräftig aufgestockt. Göttingens Uni-Präsident Kurt von Figura ließ schon durchblicken, dass er Göttingen als Spitzen-Uni etablieren will. Eine Spitzen-Uni mit Spitzen-Preisen.

■ Was kann getan werden?

Der Drops ist noch lange nicht gelutscht. Auch wenn uns die CDU-Bonzen immer wieder weismachen wollen, dass jeder Protest nichts nutzt, stimmt dies einfach nicht. Das neue Niedersächsische

Hochschulgesetz soll erst im Dezember verabschiedet werden.

Ein großer, effektvoller Protest mit großen Demos und Aktionen wird die Öffentlichkeit sensibilisieren und uns helfen, dass die Stimmung kippt. Dazu muss von studentischer Seite aber auch viel getan werden, um eine größtmögliche Mobilisierung zu gewährleisten. Dies kostet allerdings auch viel Geld, was eigentlich kein Problem darstellen sollte, wenn man sich den Haushalt des AStA genauer anschaut. Hier stehen beispielsweise 33 000 € für die sinnfreie "AStA Revista" zur Verfügung. Ganz ehrlich, wer will schon AStA-Artikel über den Weihnachtsmann lesen, wenn



gleichzeitig Studiengebühren unterm Weih-nachtsbaum warten? Auch die Überschüsse aus dem letzten Haushaltsjahr haben unglaubliche Höhen erreicht. Wann wäre das Geld besser investiert als jetzt? Man darf nie vergessen: Das Geld gehört der Studierendenschaft. Wir zahlen es jedes Semester durch den Semesterbeitrag.

Eine Gegenleistung zu verlangen ist also mehr als berechtigt. Doch vielleicht ist das von diesem AStA einfach zu viel erwartet. Der RCDS hat möglicherweise Skrupel so offen gegen die eigene CDU-Landesregierung zu protestieren, zumal sich der RCDS-Verband als Studiengebührenbefürworter disqualifiziert hat.



Auch darf nie vergessen werden, dass diese AStA-Koalition den letzten großen Studierendenprotest 2003 gewaltsam durch die Polizei auflösen ließ.

Zweifel sind also angebracht, ob sie überhaupt Interesse an einem großen Protest hat. Zum Glück sind wir diesem AStA nicht ausgeliefert, sondern können bei der Uni-Wahl im Januar eine sinnvolle Korrektur der Mehrheitsverhältnisse und damit der Besetzung des AStA vornehmen. Im Kampf gegen die Studiengebühren haben wir möglicherweise bis dahin viel Zeit verloren.

Doch zumindest die Opposition wird bis dahin alles tun, um den Protest zu organisieren und zu fördern. Wir hoffen, dass es ein heißes Semester wird!

■ AStA-Sozialreferentin zurückgetreten!

Dorothee Dienstbühl (RCDS) ist als Sozialreferentin des AStA zurückgetreten. Über die Gründe hierfür lässt sich nur spekulieren. Sicher ist jedoch, dass Dorothees Rücktritt nicht vollkommen unerwartet kam. So schrieb die Juso-HSG über ihr chronisches Fernbleiben bei Sitzungen des Studierendenparlaments:

"Wie Dorothee im Jahr der Studiengebühren zur Stammelf gehören soll, bleibt absolut unklar" (rotation Nr. 90).

Die Antwort auf diese Frage hat uns Dorothee nun selbst gegeben. Wir wünschen ihrem Nachfolger Sven Klein viel Erfolg bei seiner wichtigen Aufgabe.

■ Keine Anträge mehr im StuPa!

Es ist eine neue Umgangsform im Studierendenparlament zu beobachten. Die mitte-rechts Koalition aus ADF und RCDS hat es sich neuerdings zu Eigen gemacht, sich auf Sitzungen des Studierendenparlaments nicht mehr mit den Interessen der Studierenden zu beschäftigen.

So werden oppositionelle Anträge grundsätzlich abgewürgt. Sei es nun der sehr sinnvolle Alpenmax-Antrag der GHG oder der ebenso wichtige Antrag der Juso-HSG zum Thema 1-Euro-Jobs. Der Antrag der Juso-HSG hatte zum Ziel die Position der wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräfte gegenüber mögliche 1-€-Jobber an Hochschulen abzusichern. Dies war der Koalition der Unpolitischen und

Konservativen allerdings so unangenehm, dass sie selbst die Diskussion über den Antrag per Geschäftsordnung unterband.

■ Geld für Sprachkurse!

Studiengebühren? Haben wir die nicht längst? Im letzten Semester wurde mal wieder der Verwaltungskostenbeitrag erhöht (von 50 auf 75 Euro). Seit zwei Semestern kostet uns der Hochschulsport 10 Euro, ab diesem Semester folgt auch das Sprachlehrzentrum mit der Einführung von Gebühren. 10 Euro pro SWS muss zahlen, wer freiwillig einen Sprachkurs absolvieren möchte. Das sind z.B. bei Englischkursen 40 Euro im Semester. Umfassend interessierte Studierende scheinen nicht mehr erwünscht zu sein. Bedenklich, wie die Uni versucht ihre Studierenden auszunehmen.

Die sozialen Lügen der NPD

Ein Informationsabend

Im Vorfeld des Nazi-Aufmarsches vom 29.10. (siehe Bericht) veranstalteten Juso-Hochschulgruppe, attac-Campus und Grüne Hochschulgruppe eine Info-Veranstaltung zum Thema "Die sozialen Lügen der NPD". Der geladene Referent, der derzeit über rechtspopulistische Parteien in Europa promoviert, sprach am Donnerstag, den 27.10. im ZHG 005 mit Vertretern der Hochschulgruppen und vielen Interessierten.

■ Der Griff ins Volk

Zunächst legte er die geschichtliche Entwicklung rechter und rechtsextremer Parteien in Deutschland dar und informierte dann schwerpunktmäßig über die Hintergründe und Gefahren der Übernahme der so genannten sozialen Frage ins Programm rechter Parteien, insbesondere der NPD.

Unter ihrem ehemaligen Bundesvorsitzenden Günter Deckert habe sich die NPD noch primär klassisch rechtsextreme Parolen wie Ausländerfeindlichkeit und Geschichtsrevisio-nismus, vor allem die Leugnung des Holocausts, auf die Fahnen geschrieben, so der Referent. Unter dem seit 1996 amtierenden Vorsitzenden Udo Voigt fand eine Neupositionierung der NPD statt.

Durch Betonung sozialer Probleme - als Vorreiter natürlich die Massenarbeitslosigkeit - und deren nationaler bis offen

rassistischer Beantwortung, plant die NPD auch weniger rechtsextreme Wähler für sich zu gewinnen, die z.B. von der Politik der Bürgerparteien enttäuscht sind. Wie gut dieser Plan aufgeht, zeigen nicht zuletzt die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen. So ist die NPD beispielsweise in Sachsen, ihrer heutigen Hochburg (über 1.000 der insgesamt 6.000 Parteimitglieder stammen aus Sachsen), noch 1999 deutlich an der 5%-Hürde gescheitert.

der Grund dafür zu suchen, dass sich die NPD im Gegensatz zu kleineren lokal und/oder zeitlich begrenzten Nazi-Parteien (Reps, Schill-Partei etc.) auf breiter Ebene durchsetzen konnte. Ebenfalls zentral war die Frage, ob die durch die Änderungen der programmatischen Schwerpunkte der NPD begonnene inhaltliche und personelle Annäherung zwischen NPD und DVU mittelfristig auf ein

Zusammenwachsen aller rechten Parteien hinweisen könne.

Gerade diesen worst case, wie er in vielen europäischen Staaten, z.B. in Frankreich mit der ‚Front National‘, eingetreten ist, gilt es zu verhindern. Eine große rechte Partei würde nicht nur die rechtsextremistischen Kräfte mit bürgerlichem

Nationalismus einen, sondern hätte auch das Potenzial, unter den völkisch orientierten Stammwählern der beiden ‚Großen‘ - SPD und CDU - auf Stimmenfang zu gehen.

Fazit: Nicht einlullen lassen vom scheinbar verharmlosten neuen Gesicht der NPD. Nazi bleibt Nazi!

Im September 2004 zog sie mit 9,2% fast zweistellig noch vor den Grünen und der FDP als viertstärkste Fraktion in den sächsischen Landtag ein - nur 0,6 Prozentpunkte hinter der SPD!

Im Anschluss an den Vortrag wurde rege über die Folgen der programmatischen Änderung bei der NPD diskutiert. Einhellige Meinung war, dass die vom neuen Konzept ausgehende Gefahr nicht unterschätzt werden dürfe. So ist hier



Im Zweifel für den Angeklagten

Und immer wieder das Alpenmax

Schon seit langem schmückt der AStA sein hübsches Hochglanzblatt "AStA-Revista" mit Werbung für die Diskothek Alpenmax. Nicht, dass das Geld der Werbeeinnahmen dringend benötigt würde, bei einem Etat von 33.000 Euro pro Jahr nur für die vierteljährliche Veröffentlichung der Zeitung.... Aber gut, das Einwerben zusätzlicher Mittel zum Verbessern des Haushalts der Studierendenschaft kann schon nicht schaden.

Schaden kann es allerdings dem Ruf der Studierenden der Universität Göttingen, wenn ihre Vertretung für Tanzlokale wirbt, die für ihre rassistische Türpolitik bekannt sind. Sogar in der eher konservativen Göttinger Tagespresse wurde mehrfach über bedenkliche Vorfälle an den Türen des Alpenmax' berichtet, so beispielsweise die Abweisung eines Rollstuhlfahrers, eines Farbigen oder zweier Spanier. "Spanier passen nicht in unsere Diskothek!", so die Begründung der Türsteher.

■ Der Gipfel des Vergnügens

Diese Vorfälle gelten als erwiesen, weshalb seit geraumer Zeit sogar das Ordnungsamt gegen das Alpenmax ermittelt. Als Konsequenz stellten in der letzten Sitzung des Studierendenparlaments die Juso-Hochschulgruppe und die Grüne Hochschulgruppe einen Antrag, mit deren Beschluss das Studierendenparlament den AStA auffordern sollte, diese Werbeanzeigen einzustellen. Der AStA jedoch hielt die

Angelegenheit wohl für zu geringfügig, als dass sie auch nur zur Abstimmung gestellt hätte werden können. Mit einem durch die Mitte-Rechts-Mehrheit im Studierendenparlament zum Erfolg geführten Antrag auf Nichtbefassung wurde jegliche weitere Auseinandersetzung mit dem Thema unterbunden.

Die Begründung: Solange keine offizielle Erklärung der Gerichte oder des Ordnungsamtes über eine rassistische Türpolitik der Diskothek Alpenmax vorläge, sähe der AStA keine Veranlassung bzw. Kompetenz, den Werbevertrag zu kündigen.

So sinnvoll das Konzept "Im Zweifel für den Angeklagten" auch sein mag, so fragt man sich doch, wer in dieser Geschichte der Angeklagte ist. So fühlen sich sicher auch die Kunden angeklagt, die nur aufgrund ihrer Nationalität oder Hautfarbe abgewiesen wurden, da ihnen somit von vornherein unterstellt wird, ein Sicherheitsrisiko für die Diskothek zu sein. Denn allein nach diesem Kriterium wird laut Thomas Klein, dem überregionalen Sicherheitsbeauftragten der Kette, an der Eingangstür über den Einlass entschieden.

Es liegt also am AStA zu beurteilen, für welchen Angeklagten er sich im Zweifel entscheidet. Entweder, er schaltet weiterhin Werbung für das Alpenmax bis eine Entscheidung von offizieller Seite vorliegt und geht damit das Risiko ein, längerfristig in vollem Bewusstsein für eine rassistische Diskothek geworben

zu haben, oder er kündigt den Vertrag zumindest bis zur Klärung der Vorwürfe und geht damit das Risiko ein, auf Einnahmen zu verzichten, auf die er ohnehin nicht angewiesen ist. Augenscheinlich keine schwere Wahl. Um so verwunderlicher die Entscheidung...

FSRV weiterhin ohne Haushalt

Am 03.11.2005 konnte die Fachschaftsräteversammlung (FSRV) zum 5ten mal in Folge keinen Haushalt beschließen. Daraufhin trat der bisherige FSRV-Sprecher Björn (Fachschaftsrat Geographie) zurück. Die FSRV als oberstes Organ auf Fachschaftsebene könnte zum jetzigen Zeitpunkt über 3.782 Euro verfügen, die für studentische Belange genutzt werden könnten - dazu benötigt man jedoch einen beschlossenen Haushalt. Zu diesem Beschluß kam es allerdings nicht, da die Fachschaften Jura und Wirtschaftswissenschaften (ADF und RCDS regiert) den vorgelegten Haushaltsplan zum wiederholten Male abwiesen. Der Grund sei die zu hohe Aufwandsentschädigung für den FSRV-Sprecher (monatl. 100 Euro für die verbleibenden 5 Monate).

■ Members only!

Die VertreterInnen dieser Fachschaften setzten sich vehement dafür ein, diesem FSRV-Sprecher keine Aufwandsentschädigung zukommen zu lassen. Der Grund: Er ist kein ADF-Mitglied! Die Vergütung der letztjährigen FSRV-Sprecher, die von der ADF gestellt wurden,

Fortsetzung nächste Seite

betrug damals 600 Euro monatlich und im letzten Jahr immerhin noch 150 Euro pro Monat. Doch wenn die größte hochschulpolitische Gruppe der Uni die studentischen Gelder nicht an ihre Mitglieder überweisen kann, dann gönnt sie auch keinem Anderen irgendeine Auf-

wandsentschädigung. Dieser persönliche Angriff auf den FSRV-Sprecher bekommt einen zusätzlichen bitteren Beigeschmack, wenn man bedenkt, dass Björn (im Gegensatz zu seinen Vorgängern) bisher alle Aufgaben ohne Entschädigung erledigt hat. Aufgrund des feh-

lenden Haushalts konnten zudem keine studentischen Anträge besprochen werden, die unter anderem den Kampf gegen Studiengebühren thematisierten. Aber so ist halt die ADF: Eiskalt. Auf den eigenen Vorteil bedacht. Nicht kompromissfähig.

Mach´s noch einmal, Gerd!

Der Genosse der Bosse hat also seinen Brioni zusammengelegt und wieder gegen den Blaumann getauscht. Aber natürlich, wie könnte man es denn anders erwarten, nicht ohne seinen Abgang entsprechend in Szene zu setzen. Was der große Kanzler nach mehreren Fässern Rotwein und Naseputern mit Münze in der legendären Elefantenrunde von sich gab, sollte nur ein Vorspiel zu dem sein, was da kommen sollte. Er beeindruckte Angie durch solide Schauspielkunst.

Die Zeit des Medienkanzlers ist abgelaufen, aber das heißt ja noch lange nicht, dass er auch aufhören muss. Aber was macht er jetzt? Vielleicht kehrt er ganz zu seinen Wurzeln zurück und macht in Lemgo wieder einen Eisenwarenladen auf. Dann könnte er beim TuS Talle auch

wieder seinen in die Jahre gekommenen Mitspieler Marx mit Flanken von linksaußen füttern. Schöne Vorstellung. Vielleicht zieht er auch zu seinem chronisch unterbeschäftigten Bruder in die Platte. Aber nicht vergessen, Gerd, immer flexibel und mobil bleiben, sonst wird euch das Wohngeld gekürzt. Unschöne Vorstellung.

Lieber Gerd, wie du sicherlich weißt, gibt es in Lemgo keinen Kaviar. Da ist das Beste dann immer noch eine Currywurst. Ganz nach deinem Geschmack, Prolet! Willkommen zu Hause.

Zerkleinerte Zwiebeln glasig anbraten. Etwa drei Tassen Wasser in einem kleinen Topf erhitzen (nicht kochen!), Tomatenmark zügig einrühren. Wenn keine Klumpen mehr vorhanden sind, eine Packung Tomatenpüree (0,25l) hinzufügen, die fertigen Zwiebeln zugeben. Danach Olivenöl, Cayenne-

pfeffer, Worcestersauce, zerkleinerte Chilischote und Senf einrühren. Das ganze so lange erhitzen, bis eine zähe Masse entsteht. Zum Schluss mit Pfeffer und Salz abschmecken und ggf. mit Wasser verlängern. Die fertige Sauce nicht kalt werden lassen; sie muss warm über die Currywurst!

Die vier bis sechs eingeschnittenen Currywürste (auf keinen Fall Bratwurst nehmen) sollten in bereits heißes Fett in der Pfanne gegeben werden. Achten Sie darauf, dass die Würste maximal zur Hälfte im Fett liegen, da sie ja gebraten und nicht frittiert werden sollen. Nach etwa zwei Minuten, bzw. nach Gefühl, wenden und die Prozedur wiederholen. Wenn die Currywürste schön knusprig sind, diese in mundgerechte Stücke schneiden und mit der noch warmen (!) Currywurst-Tunke übergießen.



Kontakt über Matthias (Tel. 0162/2746464)
oder
e-mail: kontakt@juso-hsg-goettingen.de

V.i.S.d.P: Benjamin Seifert